

*Heino Falcke*

## Bericht über die Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, Seoul März 1990<sup>1</sup>

Vor einem Jahr hat die V. Synode des Bundes über die Aufnahme (Rezeption) der Ökumenischen Versammlung der Kirchen in der DDR und der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel beraten und beschlossen. Es gelang uns dabei nicht so recht, dieses Thema mit dem faktischen Hauptthema der Synode – der Kritik und Veränderung der DDR-Gesellschaft – so zu verbinden, wie es sich von der Sache her aufdrängte. Auf die politischen Umwälzungen des letzten Jahres hat dann die Ökumenische Versammlung zwar vielfach eingewirkt, und besonders ihre vorrangige Verpflichtung für Gewaltfreiheit ist politisch wirksam geworden. Ihre vorrangige Verpflichtung für die Armen und die Bewahrung des Lebens jedoch, wie überhaupt der Problemhorizont der Überlebensfrage traten hinter den Ereignissen, Erfordernissen und Zielsetzungen der politischen „Wende“ eher zurück. Auch die Weltversammlung in Seoul vom 5. bis 12. März 1990 fand angesichts der bevorstehenden Volkskammerwahlen wenig öffentliches Interesse in Kirche und Gesellschaft.

Hier zeigt sich eine Grundspannung, die uns im konziliaren Prozeß immer wieder begegnet: kurzfristiger lokaler Handlungsdruck verdrängt langfristige globale Zusammenhänge, obwohl diese faktisch unsere Situation folgenreich mitbestimmen.

Auf dieser Synodaltagung steht der deutsch-deutsche Vereinigungsprozeß in Politik und Kirche als Hauptthema zur Debatte. Darum will ich Sie jetzt nicht so sehr in das ferne Seoul entführen, als vielmehr die Erfahrungen und Einsichten von Seoul in unseren Beratungszusammenhang einführen. Die Leitfrage, die meinen Bericht bestimmt (und auch perspektivisch verkürzt) lautet also: Was bedeutet die Weltversammlung von Seoul für unsere Kirchen an der Schwelle zur deutschen Einheit?

### 1. Zu Ablauf und Grundspannungen der Versammlung

In der Halle der Gewichtheber (!) des Olympischen Parks von Seoul versammelten sich 403 stimmberechtigte Mitglieder aus den Mitgliedskirchen des ÖRK (38% Frauen, 10% Jugendliche), 100 Berater, 100 Besucher und knapp 300 Journalisten. Erst nach langen Kämpfen war es möglich geworden, diese Teilnehmerzahl finanziell zu ermöglichen. Die Römisch Katholische Kirche

<sup>1</sup> Vorgetragen auf der 2. Tagung der VI. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen, 21. bis 25. September 1990 in Leipzig (Vorlage Nr. 5).



hatte nach langem Zögern schließlich im November entschieden, nur 20 Beobachter zu schicken. Tatsächlich anwesend waren jedoch etwa 100 Katholiken mit unterschiedlichem Status und hohem Engagement. Aus der DDR kamen 10 Delegierte, 3 Besucher, 1 Steward und 1 Mitglied des Vorbereitungskomitees. Das Zeugnis von Birgit Dibbert aus dem Land mit der gefallen Mauer fand starkes Interesse und herzliche Sympathie.

Ziel der Versammlung war es, einen Bund gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung zu schließen. Er will die gemeinsame verbindliche und heutige Antwort auf den Bund sein, den Gott in Jesus Christus gestiftet hat. Für diesen Bundesschluß wurde auf der Grundlage eines Vorbereitungsdokumentes eine theologische Einführung erarbeitet, in deren Mitte der Bundesgedanke und der Umkehrgedanke stehen. Es folgen 10 Affirmationen oder Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens. Sie stellen das Element des Bekennens beim Bundesschluß dar und bieten so etwas wie einen ökumenischen Katechismus zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung. Schließlich der Text des Bundesschlusses. Er wird in 4 Bereiche hinein beispielhaft entfaltet: Schuldenkrise, Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, Schutz der Erdatmosphäre und Überwindung von Rassismus und Diskriminierung.

Diese Texte wurden in 20 Arbeitsgruppen bearbeitet, im Formulierungsausschuß ausformuliert, im Plenum diskutiert und beschlossen und in einem Abschlußgottesdienst, der Bundesschlußfeier, bekräftigt. Außerdem stellten an einem Abend Gruppen und Bewegungen 20 Bundesschlüsse mit konkreten Zielsetzungen vor, die im Vorfeld der Versammlung entstanden waren. Die Leitungsgruppe hatte eine Botschaft der Versammlung entworfen, die mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Jedoch die Zeit reichte nicht. So konnten die theologische Einführung im Plenum gar nicht und vom Bundesschlußtext nur die Grundaussagen der 4 Handlungsbereiche diskutiert und beschlossen werden. Nicht zuletzt dieser Vorgang führte bei einigen Journalisten zu dem Urteil, die Konferenz sei gescheitert. Diesem Urteil ist inzwischen vielfach und begründet widersprochen worden, zuletzt auch vom Zentralausschuß des Ökumenischen Rates. Wohl aber hatte die Weltversammlung mit Spannungen zu kämpfen, die in der Sache lagen und den konziliaren Prozeß weiter begleiten werden.

Da war *zuerst* die Spannung zwischen abschließendem Ereignis und Zwischenstation im weitergehenden Prozeß. Einerseits wurde von der Weltversammlung erwartet, daß sie die Funktion eines Konzils wahrnimmt und im Namen der Kirchen ein verbindliches Wort sagt, „das die Welt nicht überhören kann“. Dafür spricht, daß die Zeit wirklich drängt und seit dem Aufruf von Vancouver 7 Jahre vergangen sind. Andererseits war im Ökumenischen Rat längst der Prozeßcharakter des konziliaren Prozesses betont worden. Seoul, die erste



Versammlung auf globaler Ebene, wurde als erste Sitzung der Weltversammlung (Volkmar Deile) oder als erste globale Station eines weitergehenden Prozesses gesehen. Dafür spricht der partizipatorische Charakter des Prozesses, der möglichst viele Kirchen, Gemeinden, Gruppen und Bewegungen als Träger und Subjekte des Prozesses beteiligen will.

Die Teilnehmerschaft der Versammlung zeigte eine Ungleichzeitigkeit, die in der Unterschiedlichkeit der Situationen und des Vorlaufs der Kirchen gründete. Elementares Aussprechen von Not, theologisches Klärungsbedürfnis und Drängen auf gemeinsam verbindliches Handeln brachten sich gegenseitig in Zeitdruck.

„Die Weltversammlung hat die Dynamik und das Engagement, von denen der Jpic-Prozeß getragen wird, deutlich intensiver werden lassen“, hat inzwischen der Zentrallausschuß der ÖRK festgestellt. Gerade auch die Defizite der Versammlung sind Impuls und Herausforderung für die Kirchen, den Prozeß vor Ort weiterzuführen. Der Zentrallausschuß hat die Kirchen aufgefordert, der Vollversammlung in Canberra 1991 „über ihre Reaktionen und ihre weitere Arbeit am Thema“ zu berichten.

Die *zweite* Spannung ist die zwischen einem Sprechen in der Verbindlichkeit christlichen Bekennens oder der Verbindlichkeit allgemein menschlicher Überlebensvernunft.

Die Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung gehen die ganze Menschheit an und sind nur in der Kooperation mit Menschen anderer Religionen und Grundüberzeugungen zu lösen. Daher forderten einige eine nicht-theologische und für die allgemeine Welt-Verantwortung plausible und verpflichtende Sprache. Andere wollten, daß die Kirchen in der Verbindlichkeit des Bekennens, das freilich auch für Nichtchristen durchsichtig sein muß, sagen, wozu sie sich durch ihren Glauben verpflichtet wissen.

Die Weltversammlung hat sich für das Zweite entschieden. Sie geht aus von den Bundesschlüssen Gottes, die das AT bezeugt und dem neuen Bund Gottes in Jesus Christus. In den Affirmationen und dem Bundesschluß sagt sie, zu welchem Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung uns Gottes Gerechtigkeit, sein Friede und seine Schöpfertreue ermutigen und verpflichten. Der in Seoul vollzogene Bundesschluß soll „der Beginn eines Prozesses sein, der über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltversammlung hinaus auf die christlichen Kirchen, Gemeinden und Bewegungen und auf alle Menschen übergreift, die um Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ringen... Der Akt des Bundesschlusses ist deshalb als Einladung zu verstehen, sich diesem Netzwerk gegenseitiger Verpflichtungen zum Handeln anzuschließen.“ (Abschlußdokument 2.3.1.7) Unsere Kirchen werden zu sagen haben, wie sie diese Einladung aufnehmen.



Die dritte Spannung besteht zwischen einem kontextualen und einem globalen Ansatz. Diese Spannung trat in Seoul besonders in den Voten aus der Zweidrittel-Welt hervor. Die Bedrohungszusammenhänge der Ungerechtigkeit, der Massenvernichtungswaffen und der Mitweltzerstörung sind global, aber die Opfer erfahren sie konkret und lokal, sprechen in Zeugnissen der Betroffenheit und nicht in globalen Analysen und fordern konkrete Veränderungspraxis. So war für die Stimmen aus dem Süden Gerechtigkeit als Gesellschaftsveränderung der Schlüsselbegriff und die dringlichste Forderung.

Der kontextuale Ansatz zielt auf solidarische „Ermächtigung der Machtlosen“, der globale Ansatz auf neue Strukturen einer Weltwirtschaftsordnung, Weltfriedensordnung und einer weltweiten ökologischen Ordnung (Konrad Raiser). Diese Spannung hat auch Konsequenzen für das Einheitsverständnis der Ökumene. „Entscheidend ist der Zusammenhang und die Gegenseitigkeit des Handelns, nicht die Einheitlichkeit der eingeschlagenen Wege.“ (Abschlußdokument 2.3.1.8) Dem entspricht das Konzept der Bundesschlüsse. Die Affirmationen des Schlußdokumentes formulieren gemeinsame „Richtungsangaben“ für unterschiedliche kontextuale Herausforderungen und Handlungskonkretionen (Abschlußdokument 2.3.1.1).

Die Konkretionen des Bundesschlußtextes sind zwar aus Zeitgründen offen geblieben, aber dies entspricht auch der Logik der Sache. Nicht die Versammlung in Seoul, nur die Kirchen selbst können sagen, welches Handeln in ihrem Kontext den 4 Verpflichtungen entspricht.

Die Weltversammlung in Seoul ist also nicht nur aus Unvermögen, sondern aus ihrem Wesen heraus defizitär und unabgeschlossen. Sie ruft danach, daß die Kirchen vor Ort fragen, was die Einladung der Weltversammlung zum Bundesschluß für ihren eigenen Weg bedeutet.

## 2. Ergebnisse, die uns aufgegeben sind

### 2.1 Zur Gerechtigkeit

Die 2. Affirmation lautet: „Wir bekräftigen, daß Gott auf der Seite der Armen steht.“ Wird dieser Satz in seiner Tragweite theologisch ernstgenommen, so ist er für die theologischen Traditionen, aus denen unsere Kirchen kommen, keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Herausforderung zur Selbstprüfung und weiterführenden Klärung. Wie verhält sich die Lehre von der Rechtfertigung der „geistlich Armen“ als Mitte unserer theologischen Tradition zu dieser befreiungstheologischen Grundüberzeugung?

Der Bundesschluß zur Gerechtigkeit formuliert Grundsätze einer alternativen Wirtschaftsordnung, fordert die Kirchen auf, „sich aus ihrer Komplizenschaft mit ungerechten Wirtschaftssystemen“ zu lösen und setzt sich für konkrete Schritte zur Lösung der Schuldenkrise ein.



Mit dem Beitritt der DDR zur BRD werden die Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit für unsere Kirchen neu und bedrängend aktuell. Die Wirtschafts- und Währungsunion stellt uns Fragen sozialer Gerechtigkeit im eigenen Land (gerechte Verteilung der Arbeit, Investitions- und Eigentums politik usw.).

Als Teil der Bundesrepublik und Teilnehmer des europäischen Binnenmarktes tragen wir jetzt auch in neuem Ausmaß Verantwortung für den Nord-Süd-Konflikt. Z.B. wird jetzt, wo wir die Deutsche Bank im Lande und die Früchte der Apartheid in unseren Läden haben, unser Bekenntnis gegen das Apartheidsystem in Südafrika auch wirtschaftlich auf seine Ernsthaftigkeit getestet. Wie ist die vorrangige Option für die Armen, die von der Ökumenischen Versammlung ausgesprochen wurde, jetzt zu praktizieren?

Die Oder-Neiße-Grenze wird zur bewachten Wirtschaftsgrenze. Schon die Europäische Ökumenische Versammlung in Basel hatte darauf hingewiesen, daß das Verschuldungsproblem auch in Osteuropa längst ansteht. Experten belehren uns, daß die wachsende wirtschaftlich-politische Ost-West-Kooperation schon jetzt auf Kosten der Nord-Süd-Kooperation geht und zum Nachteil für den Süden wird.<sup>2</sup> Wie eigentlich wollen wir die oft geforderte Solidarität mit Osteuropa praktizieren, ohne die Desolidarisierung mit dem Süden faktisch zu verstärken?

Jim Wallis, USA, sagte in Seoul:

„Wir sollten die historischen Ereignisse, deren Zeugen wir heute sind, als prophetische Zeichen erkennen. Heute ist es der Ostwind der Freiheit und der Demokratie, der das Alte hinwegfegt. Morgen wird es der Südwind der Gerechtigkeit und der Befreiung sein, der die Unterdrückten aus ihren Ketten löst. Wir können nicht einerseits die demokratischen Errungenschaften der polnischen Arbeiter, der litauischen Bauern und der chinesischen Studenten bejubeln, während wir andererseits den Bergleuten in Südafrika, den Landarbeitern in El Salvador und den Slumbewohnern in Korea die Freiheit vorenthalten. Wenn der Südwind weht und die Hoffnungen der Armen dieser Welt auf seinen Schwingen trägt, dann wird es denen eiskalt über den Rücken laufen, die vom Norden aus die weltweite Apartheidwirtschaft dirigieren. Gestern ist die häßliche Mauer ideologischer Unterdrückung zusammengestürzt. Morgen werden die unsichtbaren Mauern eingerissen werden, die durch den Welthandel, das internationale Finanzsystem und durch wirtschaftliche Unterdrückung aufgerichtet worden sind. Wenn der Wind angefangen hat zu wehen – wer könnte ihn aufhalten?“

## 2.2 Zum Frieden

Die Weltversammlung hat sich für wirkliche Sicherheit der Völker, für die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und eine Kultur der Gewaltfreiheit eingesetzt. Mit dieser unmgreifenden Allgemeinheit hat sie zugleich die Systeme der Abschreckung im Norden und der „nationalen

<sup>2</sup> F. Nuschle, Hilfe für den Osten auf Kosten der Dritten Welt? in: Der Überblick, 4/89; W. Birdemann, Anregungen für eine neue Entwicklungspolitik, in: Der Überblick 1/90.



Sicherheit“ im Süden ansprechen wollen. Besonders hervorzuheben aber ist, daß der Hauptakzent dieses Bundesschlusses auf das Friedenszeugnis der Kirchen und eine Kultur der Gewaltfreiheit als Kraft der Veränderung fällt. Damit werden Positionen unserer Ökumenischen Versammlung deutlich aufgenommen und verstärkt: die vorrangige Option für Gewaltfreiheit, der Text „Kirche des Friedens werden“, das Verständnis der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen als Leib des Friedens Christi und das Eintreten für die ökumenischen Schalom-Dienste.

Auch die „Ablehnung und Überwindung von Geist, Logik und Praxis der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen“ wurde ausgesprochen. Friedenszeugnis und -dienst der Kirchen werden als Zeugnis von der Liebe Gottes in der Identität der Kirche als Leib Christi verankert. Die Kirchen werden aufgefordert, die überlieferte Lehre vom gerechten Krieg aufzugeben und sich der Lehre vom gerechten Frieden zuzuwenden.

Weltweit sollen die Kirchen einen „Diakonat für Gerechtigkeit und Frieden“ entwickeln und koordinieren. In der EKD wird über die Einrichtung dieses Diakonats bereits konkret beraten. Der Bund der Evangelischen Kirchen sollte sich daran beteiligen.

Die „Kultur der Gewaltfreiheit“, die nicht zuletzt den Kirchen aufgegeben ist, meint nicht Gesinnungsethik und Nischenethik gewaltfreier Reservate, sondern Befreiung und Veränderung der Gesellschaft bis hin zur Entwicklung ziviler sozialer Aktionen zur Konfliktlösung (Abschlußdokument 4.1. und 5.5.).

Für den Bund der Evangelischen Kirchen ergibt sich aus diesem Bundesschluß m.E. vordringlich folgendes:

- Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung, der Baseler Versammlung und der Weltversammlung sind in die Gespräche zwischen BEK und EKD aufzunehmen. Gehören Friedenszeugnis und Friedensdienst zur Identität der Kirche als Leib Christi, so muß bei den Vereinigungsgesprächen auch gefragt werden: Wie können BEK und EKD miteinander Kirche des Friedens werden?
- Aus der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit folgt die Option für Abrüstung in Deutschland und Europa und für den Aufbau eines politischen Sicherheitssystems. Wofür haben wir konkret gemeinsam einzutreten?
- Aus der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit folgt die Option für eine Lösung des Golf-Konfliktes mit politischen Mitteln im Rahmen der UNO. Unsere Kirchen müssen sich sehr bald zu dieser Frage und zur Mitwirkung Deutschlands in dieser Frage äußern. Unerläßlich ist eine unverzügliche und unmißverständliche Äußerung zum internationalen Waffen- und Giftgashandel.



- In Seoul haben die pazifischen Kirchen Bundespartner, insbesondere in deutschen und US-Kirchen gesucht, um gegen die US-Pläne einzutreten, chemische Waffen aus der BRD auf die Johnston-Insel zu verlagern und sie dort zu vernichten. Mit dieser Verlagerung befreien wir uns von einer Bedrohung, indem wir sie anderen aufladen. Da diese Transporte bereits im Gange sind, sollten unsere Kirchen unverzüglich das Gespräch mit den Kirchen im Pazifik aufnehmen (Kontaktadresse: Green Peace International, Keisergracht 176, NL-1016 DW Amsterdam).
- Aus dem Auftrag der Kirchen, für eine Kultur der Gewaltfreiheit zu wirken, folgt m.E. für uns dreierlei:
  - Unsere Kirchen sollten die gewaltfreie Revolution des Herbstes 89 so aufgreifen, daß die Studien gewaltfreie soziale Aktionen und Wege gewaltfreier Konfliktlösung in unserer Gesellschaft in Gang setzen oder fördern.
  - Die Struktur der Militärseelsorge in der BRD sollte abgeschafft werden, damit die Seelsorge am Soldaten weniger mißverständlich wahrgenommen werden kann.
  - Der Bund der Evangelischen Kirchen und die Evangelische Kirche in Deutschland sollten sich gemeinsam für die Zivildienstordnung der DDR einsetzen.

### 2.3 Zur Bewahrung der Schöpfung

Hier ist die Weltversammlung vorrangig „für die Entwicklung einer Kultur, die in Harmonie mit der ganzen Schöpfung lebt“, und „für die Erhaltung der Erdatmosphäre“ eingetreten.

Die gegenwärtige politische Diskussion, nicht nur in Deutschland, ist beherrscht durch den Systemwechsel von sozialistischer Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Damit wird der Paradigmenwechsel im Problemhorizont der Überlebensfrage, also die Frage nach einer ökologisch überlebensfähigen Zivilisation verdrängt.

„Der konziliare Prozeß (ist der) unverzichtbare Beitrag zu dem Ziel, die neuen Dimensionen menschlicher Verantwortung für die Politik zu gewinnen – und die Politik damit wieder zukunftsfähig zu machen.“<sup>3</sup> Unsere Kirchen sollten sich dafür einsetzen, daß in den Gemeinden und in der deutsch-deutschen Öffentlichkeit diese Dimension unserer Verantwortung neu begriffen wird. Konkret bedeutet dies, daß unsere Kirchen eine Verfassungsdiskussion fordern, in der das Grundgesetz im Licht der heutigen geschichtlichen Herausforderung fortgeschrieben wird.

<sup>3</sup> K.H. Biedenkopf, Realität und Vision, Politikfähigkeit des konziliaren Prozesses und die Prozeßfähigkeit der Politik, in: M. Schibilsky u.a. (Hg.), Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Ein Werkbuch für die Gemeinde, Düsseldorf 1990.



Der Schutz der Erdatmosphäre wird vor allem auf dem Gebiet der Energieumwandlung und Energiepolitik konkret. Es bedarf keiner Erläuterung, daß sich dieses Problem gegenwärtig in der DDR mit besonderer Schärfe stellt. Auf der Basis der Energiestudie des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Textes 11 der Ökumenischen Versammlung (Energie für die Zukunft) sollten unsere Kirchen das Engagement ökologischer Gruppen stützen und selbst dafür eintreten, daß in den gegenwärtigen energiewirtschaftlichen Entwicklungen die ökologische Verantwortung zum Zuge kommt.

#### 2.4 Zum Antirassismus

Die Weltversammlung hat sich „für das Niederreißen von Mauern, die Menschen auf Grund ihrer ethnischen Herkunft trennen“, verpflichtet. Mit Bestürzung erleben wir, daß nach dem Abbruch unserer Grenzmauer solche Mauern an unseren Grenzen erneut aufgebaut werden und in unseren Köpfen und Herzen nach wie vor bestehen. Was die Ökumenische Versammlung über „Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern“ gesagt hat, ist weiterhin und verstärkt aktuell. Die Synode sollte anläßlich der beginnenden Woche der Ausländer dazu ein deutliches Wort sagen.

### 3. Abschließende Bemerkung zur Rezeption der Weltversammlung in unseren Kirchen

Die Rezeption der Weltversammlung durch die Kirchen wird gewiß auch kritische Prüfung der Texte, besonders der 10 Affirmationen einschließen. Der Einladung zum Bundesschluß aber werden wir mit der Arbeit an seinen Texten allein schwerlich gerecht. Ihr entspricht eine Selbstprüfung der Kirchen und die Prüfung der Schritte, die von uns auf der Linie und in der Konkrektion der vier Verpflichtungen zu gehen sind. Dazu wollte dieser Bericht anregen.